



Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum
23.09.2014

Zuweisung von Asylbewerbern an Gemeinden im Landkreis

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß auch künftig unter allen Umständen auf die zwangsweise Zuweisung von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen oder illegal eingereisten Ausländern an Gemeinden unseres Landkreises verzichtet wird.

Zwar entspricht es der augenblicklichen Praxis des Landkreises, auf eine zwangsweise Zuweisung an Kreismunicipalitäten zu verzichten. Dies könnte sich aber schnell ändern, wenn der Zustrom von Asylbewerbern und anderen Zuwanderern sich in den kommenden Monaten und Jahren erheblich verstärken wird.

Denn zurzeit strömen immer mehr Asylbewerber in unser Land. Laut Innenministerium nimmt Mecklenburg-Vorpommern jeden Monat 400 neue Asylbewerber auf. Ferner geht der Innenminister davon aus, daß dieses Jahr insgesamt 1.700 Asylbewerber mehr aufgenommen werden, als im Jahr 2013. Das entspricht einer Steigerung von 74 %, Tendenz steigend.

Infolgedessen muß auch unser Landkreis Vorpommern-Greifswald mehr Asylbewerber aufnehmen, als ursprünglich vorgesehen. Zu den bereits veranschlagten 500 kommen, allein in diesem Jahr, noch einmal 300 hinzu. Dies bedeutet eine Zuweisung von 70 - 90 Asylbewerbern pro Monat für unseren Landkreis.

Aufgrund dieser Entwicklung stoßen viele Gemeinden an die Grenzen ihre Aufnahmekapazität. Auch ist die Geduld der Bürger erschöpft, insbesondere im Hinblick auf die immer häufiger werdenden Polizeieinsätze in den Asylantenheimen. Dies beweist eine an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gerichtete Petition, die 774 Bürger aus Torgelow und Umgebung unterzeichnet haben.

Da hilft auch Verschweigen nicht, Herr Kochhan. Die Bürger müssen wissen, was in den Asylantenheimen geschieht, und die Gemeinden dürfen nicht zur Aufnahme von weiteren Asylbewerbern gezwungen werden.



**NPD-Kreistagsfraktion
Vorpommern-Greifswald**
Pasewalker Straße 36
17389 Anklam



TEL 03971 – 241 183
FAX 03971 – 241 183



kreistagsfraktion-vg@npd-mv.de
www.npd-mv.de



Deshalb sollte sich der Kreistag ausdrücklich für die Beibehaltung des Prinzips der Freiwilligkeit aussprechen. Ich beantrage im Namen meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Zusatzbemerkung:

Daß die NPD-Fraktion mit ihrem Antrag genau richtig lag, beweist der Bericht der Landrätin:

Zitat: „...Als weitere große Herausforderung stellt sich für den Landkreis die Zuweisung von Asylbewerbern dar. Die prognostizierte Zuweisungszahl wurde von 519 auf 812 Flüchtlinge erhöht. Davon allein im September ca. 100 Personen. Die Aufnahmekapazitäten sind mit dem Monat September erschöpft, so daß aktiv versucht werden muß, durch die Gemeinden weitere dezentrale Unterkünfte bereitzustellen. Darüber hinaus ist die Schaffung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft zu prüfen. ...“
